

Studiengebühren – sinnvoll, notwendig und gerecht

*Positionspapier der Liberalen Hochschulgruppe
Mannheim*



Die Liberale Hochschulgruppe Mannheim plädiert dafür, das Studium als Investition in die eigene Zukunft zu begreifen. Diese Sichtweise mag für manchen ungewohnt sein, ist aber nach unserer Überzeugung der Schlüssel zu einer besseren, ausgewogeneren Hochschulfinanzierung. Wir Studenten leisten frühzeitig einen Beitrag, um später mehr zu verdienen als Nicht-Akademiker: eine indirekte Art privater Altersvorsorge, deren Grundstein schon in jungen Jahren gelegt wird.

Ungerechtigkeiten beseitigen

Ein gebührenfreies Studium schafft soziale Ungerechtigkeit. Der Grund liegt klar auf der Hand: In einem solchen System werden die Hochschulen fast ausschließlich aus Steuergeldern finanziert, wodurch eine Umverteilung von unten nach oben erfolgt – weil die heute schlechter Verdienenden vom Studium anderer nicht direkt profitieren. Sie zahlen gegenwärtig dafür, dass wir Studenten später ein höheres Einkommen erzielen.

Hinsichtlich der Gestaltung der Studiengebühren lehnt die LHG das derzeitige Modell ab. Die zusätzlichen finanziellen Mittel aus den Abgaben der Studenten sollen zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden und nicht ausufernde Energiekosten decken oder gar die Löcher im Landeshaushalt stopfen. So sollte es zur Verbesserung der Betreuung machbar sein, neue Professoren einzustellen – gerade diese naheliegende Möglichkeit ist im Moment nur sehr unzureichend gegeben.

Freie Hochschulen – Freie Studenten

Die Situation der Universitäten darf nicht von der Finanzlage des jeweiligen Landes abhängen, die typischerweise von leeren Kassen gekennzeichnet ist.

Die LHG steht daher für freie Hochschulen, die unabhängig vom Staat agieren. Eine freie Hochschule entwirft eigenverantwortlich Konzepte. Diese können und sollen durchaus differenzierende Wirkung entfalten, da jede Hochschule andere Strukturen und Schwerpunkte schaffen kann. Das Interesse an studentenfreundlichen, erfolgsorientierten Konzepten wird dabei ganz automatisch geschaffen bzw. gefördert: Der freie Wettbewerb zwischen den Hochschulen sorgt dafür, dass jede einzelne Universität um ihre Nachfrager werben, d.h. ihre zukünftigen Studenten von ihrem Angebot überzeugen muss.

Nachgelagerte Studiengebühren: fair und effizient

Die Studiengebühren dürfen niemanden davon abhalten, ein Studium aufzunehmen. Deshalb tritt die LHG für nachgelagerte Gebühren ein. Dabei zahlen die Studenten ihre Gebühren erst nach Ende des Studiums – und nur dann, wenn ihr Einkommen einen bestimmten Wert überschreitet. Zinsen sollten dabei lediglich zum Inflationsausgleich erhoben werden. Es sollte auch Möglichkeiten geben, seine Gebühren aufgrund von Zahlungsunfähigkeit erlassen zu bekommen.

Dieses Modell ist nicht nur fair gegenüber sozial schwächeren Studierenden, es schafft für die Hochschulen auch den stärksten denkbaren Anreiz, Studiengänge anzubieten, die mit hoher Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt und dementsprechend guten Berufschancen glänzen können.

Die Universitäten sollten selbst entscheiden können, wie hoch ihre Studiengebühren ausfallen. So sollten Qualitätsuniversitäten, die sich einer großen Beliebtheit und hohen Nachfrage erfreuen, in die Lage versetzt werden, höhere Gebühren verlangen zu können als eine durchschnittliche Universität. Natürlich ist auch eine Unterscheidung nach Studienfach äußerst sinnvoll, zwischen solchen, die ein hohes zukünftiges Einkommen versprechen sowie anderen Fächern, deren Studenten sich trotz universitärer Bildung kaum Spitzenverdienst erhoffen können und deswegen eine durchschnittlich geringere Zahlungsbereitschaft haben. Hier müssen innerhalb der Hochschulen individuelle Konzepte gefunden werden.

Sicherlich ist auch ein gewisser Ausgleich zwischen „teureren“ und „billigeren“ Studienplätzen vonnöten. Naturwissenschaftliche Richtungen, denen man Laboratorien und Materialien zur Verfügung stellen muss, haben einen bedeutend höheren Kostenfaktor als z.B. gesellschaftswissenschaftliche oder wirtschaftswissenschaftliche Studienplätze.

Die Finanzierung der Forschungsleistungen der Universitäten, die ebenfalls von hohem gesellschaftlichem Wert sind, kann neben einer staatlichen Grundfinanzierung durch Kooperation mit der Wirtschaft, privaten Spendern und anderen Instituten erfolgen.

Nur einer von vielen notwendigen Schritten

Die LHG ist sich darüber im Klaren, dass sich diverse gesellschaftliche Rahmenbedingungen auf diesem Weg verändern müssen. So benötigen wir zum Beispiel ein wesentlich stärker ausgeprägtes Stipendiensystem, als das heute noch der Fall ist. Auch muss es attraktiver werden, Bildungseinrichtungen finanziell zu unterstützen, um brachliegendes Spendenpotenzial abschöpfen zu können. Die Verbeamtung der Professoren muss im Rahmen der Entstaatlichung der Hochschulen wegfallen; zudem sollte die Entscheidung über die Einstellung von Professoren in einem entbürokratisierten Verfahren allein den Hochschulen obliegen.

Dreh- und Angelpunkt eines solchen Reformprojekts ist aber ein Bewusstseinswandel innerhalb der Studierendenschaft: Der implizite Anspruch, eine akademische Ausbildung von der Gemeinschaft finanziert zu bekommen, muss aufgegeben werden. Wer nach höheren Weihen strebt, muss vielmehr selbst einen größeren Beitrag zur Erreichung seiner persönlichen Ziele leisten.